



Vorsitzende: Christiane Staab  
Geschäftsstelle: Silberburgstraße 158 70178 Stuttgart  
Tel.0711 741094 Fax 0711 741096  
E-Mail: [info@leb-bw.de](mailto:info@leb-bw.de)

Januar 2009

## **Abwrackprämie für veraltete Schulen zahlen**

Offener Brief des Landeselternbeirats Baden-Württemberg an die Bundesregierung und die Landesregierung von Baden-Württemberg

### **Abwrackprämie für veraltete Schulen zahlen - Der Landeselternbeirat fordert: Mit Bildungsinvestitionen Konjunktur nachhaltig fördern**

Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel,  
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Oettinger,

der Landeselternbeirat Baden-Württemberg fordert die Bundes- und Landesregierung auf, das Geld aus dem Konjunkturpaket vorrangig in den Ausbau und die zeitgemäße Ausstattung von Schulgebäuden, insbesondere in den dringend notwendigen Ausbau der Ganztagschulen zu investieren.

Der Landeselternbeirat von Baden-Württemberg zweifelt andernfalls die Wirksamkeit des Konjunkturpakets an. Abwrackprämien, die den Absatz ausländischer Billigautos fördern und Sanierungsprogramme, die voraussichtlich vor allem billige Leiharbeiter aus Niedriglohnländern in Brot und Arbeit bringen, sind zur nachhaltigen Unterstützung der heimischen Konjunktur nicht geeignet. Sie sind Strohfeuer, die langfristig nur den Schuldenberg erhöhen. Unsere Kinder werden die Zeche für diese Politik zu bezahlen haben. Daher ist es dringend nötig, alle Kinder und Jugendlichen zu stärken, bestmöglich zu fördern und fit für den beruflichen Erfolg zu machen.

Ansonsten wird dieser ohnehin schrumpfenden Generation die Erwerbskraft fehlen, um diesen Schuldenberg abzahlen zu können. Viele unserer Kinder müssen den größten Teil ihres Alltags in heruntergekommenen, energietechnisch antiquierten und muffigen Schulaltbauten verbringen.

Wenn wir Abwrackprämien brauchen, dann für veraltete Schul- und Fachräume, in denen nicht mehr zeitgemäß unterrichtet werden kann.

Deutschland ist von einer Bildungskrise bedroht, die langfristig zu immer weniger gut und sehr gut qualifizierten Arbeitnehmern führen wird. Hierauf muss das Konjunkturprogramm eine Antwort geben.

Wer glaubt, dass man mit 100 Euro pro Kind die deutsche Wirtschaft ankurbelt, hat offenbar noch nie in seinem Leben ein Kinderbekleidungsgeschäft aufgesucht. Statt asiatische Billigtextilhersteller zu unterstützen, wäre es ein menschliches Signal gewesen, die Studiengebühren wieder abzuschaffen und jedem Kind in Deutschland eine vollwertige warme Mahlzeit zu verschaffen. Der Streit darüber, wer in Ganztagschulen und Kindergärten bedürftigen Kindern das Essen bezahlt, ist beschämend. Auch in Baden-Württembergischen Schulen sitzen täglich hungrige Kinder in den zu wenigen Mensen und warten auf die Essensreste der Mitschüler.

Wer es ernst mit den Familien in Deutschland meint, der muss in die Kinder investieren. Mittelfristig wird für die Investitionskraft und die gesamte Wirtschaft in Deutschland entscheidend sein, ob Unternehmer vor Ort diejenigen Arbeitskräfte vorfinden, die sie zur Entwicklung und Fertigung ihrer Produkte benötigen. Diese Arbeitskräfte wird es nur geben, wenn in den Schulen und Kindergärten Kinder so unterrichtet und versorgt werden, dass eine hochwertige Basis für lebenslanges Lernen und beruflichen Erfolg geschaffen wird.

Keine Bevölkerungsgruppe wurde durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Ökosteuer, Mineralölsteuer und viele andere Abgaben mehr belastet als die Familien in Deutschland. Nun gibt es ein Almosen anstatt einer grundlegenden Diskussion darüber, was Kinder und ihre Eltern benötigen um ihrer Erziehungsaufgabe und ihrem Bildungsauftrag gemeinsam mit Schulen und Kindertagesstätten gerecht zu werden.

Es kann und darf angesichts der dringend notwendigen Verbesserung der Bildung in Deutschland und in Baden-Württemberg nur ein Konjunkturpaket geben, das Schulen zu Ganztagschulen erweitert, eine intensive und individuelle Förderung von Kindern endlich ermöglicht und die Unterrichtsqualität sowie die Lehrerausbildung massiv verbessert. Bildungsausgaben sind eine Investition und kein verlorener Zuschuss.

Sie, sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel und Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Oettinger haben es in der Hand, ob unsere Kinder später „Rendite“ bringen in Form von Beiträgen zur Steigerung des Bruttosozialprodukts oder ob die nächste Generation unter der Schuldenlast, die die heute politisch Verantwortlichen geschaffen haben, zusammenbricht.

Wir brauchen keine Strohfeuer, sondern eine nachhaltige Bildungs- und Familienpolitik in Deutschland. Die ständig wachsende Verarmung von Eltern und Kindern ist schon beschämend genug. Wer jetzt nicht gegensteuert, riskiert die Verarmung der gesamten nachfolgenden Gesellschaft.

Der Landeselternbeirat

gez. Christiane Staab